Sozialistin Royal: *Programm der totalen Intervention und einer großen Verfassungsreform*

BORIS HORVAT / AFP

FRANKREICH

Glorreich am Abgrund

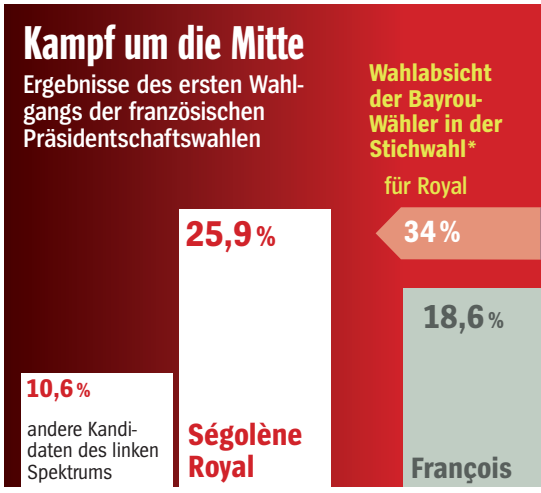
Sie lieben das Landleben, fürchten die Globalisierung und blähen den Staat auf: Weit mehr noch als die Deutschen sind die Franzosen Reformen abgeneigt. Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy predigen nun den Bruch mit dieser Tradition – und haben konträre Lösungsvorschläge.

Der Frühling kommt nach Paris mit falschen Sommertagen, es geht um die Republik. Auf dem prächtigen Platz, der sich wie ein breiter Bindestrich ins Häusermeer schreibt, staut sich der Stadtverkehr, er staut sich um eine üppige Frauengestalt, fast 10 Meter groß, auf 16 Meter hohem Sockel: la République.

Sie ist eine schöne Säulenheilige, gestützt auf Gesetzestafeln, umgeben von steinernen Allegorien auf die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Eine wuchtige Urne steht zu ihren Füßen, Symbol des Wahlrechts, von einem Löwen bewacht, „Arbeit“ steht in den Sandstein geschrieben, „Friede“: Begriffe, die die Nation in diesen Tagen neu verhandelt, denn es wird ein neuer Staatschef gesucht, ein Präsident, eine Präsidentin.

Es geht um die Republik, es geht um sie von A bis Z, denn Frankreich ist ein Land „im freien Fall“, es ist „der kranke Mann Europas“, es ist eine „gallische Illusion“, es sieht sehr alt aus in der neuen Welt der Globalisierung. So und ähnlich lauten Buchtitel, die seit Jahr und Tag Bestseller werden im Land, das Publikum verschlingt die Theoreme und Pamphlete über den Niedergang, ratlos, wütend, ungeduldig.

Es ist, nach Jahrhunderten glorreicher Geschichte, als hätte Frankreich am Beginn des 21. Jahrhunderts einen gefährlich toten Punkt erreicht. Das von rechten wie linken Regierungen seit Jahrzehnten gepriesene „Modell Frankreich“ ist zum Sa-



Konservativer Sarkozy: *Er schlägt den harten Takt der Globalisierung und gibt den Deregulierer*

CHRISTOPHE ENA / AP

nierungsfall geworden, nicht erst in den bleiernen letzten Jahren der Ära, die sich mit dem Namen Jacques Chiracs verbindet. Es hagelt schlechte Nachrichten.

Das ökonomische Wachstum liegt beharrlich unter dem europäischen Durchschnitt, die Außenhandelsbilanz, in Deutschland mit 160 Milliarden Euro im Plus, ist in Frankreich mit 30 Milliarden im Minus.

Ungebremst wachsen die Staatsschulden, sie summieren sich auf 1,1 Billionen Euro, 1150 Milliarden, das sind 235 Prozent mehr als im Jahr 1990, umgerechnet 20 000 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Eine gigantische zentralistische Verwaltung verschlingt Mittel, die für zukunftsträchtige Investitionen gebraucht würden. Fast jeder fünfte Arbeitnehmer ist verbeamtet (in Deutschland: jeder zwanzigste), es gibt, bei gut 61 Millionen Einwohnern, über 5 Millionen Beamte, knapp eine Million mehr als noch vor 20 Jahren.

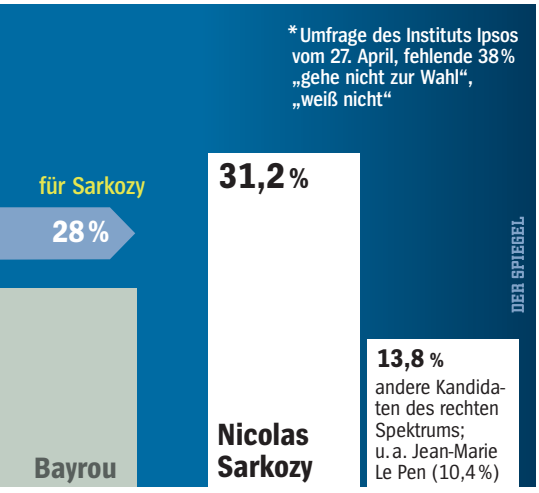
Die öffentlichen Ausgaben machen in Frankreich fast 54 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, eine Staatsquote, die in Europa nur vom Sonderfall Schweden übertroffen wird und die um 13 Punkte über dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt.

Allerorten wird Geld für fragwürdige Angelegenheiten verschleudert. Noch immer berauscht vom Gefühl eigener Größe und beflügelt von seiner zivilisatorischen Mission, leistet sich Frankreich die Insignien einer Weltmacht, ein Arsenal nuklearer Waffen einschließlich mehrerer Atom-U-Boote, und man plant den Bau eines zweiten Flugzeugträgers.

Jacques Chirac, der scheidende Präsident, genehmigte sich während seiner zwölfjährigen Amtszeit Jahr für Jahr ein höheres Budget, die genauen Zahlen sind geheim, aber allein das letzte Gartenfest im Elysée-Palast, alljährlich gegeben zur Feier der Revolution von 1789, kostete 480 000 Euro, und das ist billig, verglichen mit den Militärparaden zum 14. Juli, mit den Aufmärschen zum Ende des Ersten Weltkriegs, mit den jährlichen Kosten, die allein die glitzernde Reiterstaffel der Republikanischen Garde verursacht.

Es geht um die Republik, und als hätten die Franzosen dies nach Jahren gepflegten Desinteresses wieder begriffen, gingen sie vor einer Woche, am ersten von zwei Wahlsonntagen, so zahlreich zu den Urnen wie seit 1965 nicht mehr. 84 Prozent der gut 44 Millionen Wahlberechtigten standen Schlange vor ihren Stimmlokalen, um im Feld der zwölf mehr oder minder seriösen Kandidaten von extrem links bis extrem rechts die beiden Finalisten zu bestimmen.

Das Duell am kommenden Sonntag wird heißen: Sarko contra Ségo, Nicolas Sarkozy gegen Ségolène Royal, der ruppige Konservative gegen die schöne Sozialistin. Ein Wechsel steht an, so oder so, ähnlich jenem in Deutschland am Ende der Ära Kohl. Beide Kandidaten sind Nachkriegskinder, in den fünfziger Jahren geboren, und sie erhielten ihre politische Prägung nach dem Mai 1968 in den aufgewühlten siebziger Jahren. Ihre Programme heute mögen sich in den Rezepten erheblich unterscheiden, aber beide sind sich einig in der grundlegenden Analyse: dass das Frankreich des Jahres 2007 ein Land in der Krise sei.



Nichts wäre leichter zu belegen: Die Pariser Politik agiert seit Jahrzehnten wie abgekoppelt von gesellschaftlichen Realitäten und hat sich arge Probleme eingehandelt. Das Nein der Franzosen zur europäischen Verfassung hallt wie ein Donnerschlag nach. Der Aufruhr der Vorstädte im vorvergangenen Herbst bleibt ein Schock.

Dass sich die Franzosen jetzt in Massen wieder am demokratischen Prozess beteiligen, ist ein gutes Zeichen, ein Signal gegen das Gerede von der Entpolitisierung, aber es ist auch ein Echo der katastrophalen letzten Präsidentschaftswahl von 2002, bei der die extremen Kandidaten von links und rechts 35 Prozent der Wählerstimmen erhielten, mit dem Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen an der Spitze, der es bis ins Finale gegen Jacques Chirac schaffte.

STEPHANE / GAMMA / STUDIO X

Rechtsextremer Bürgermeister Bompard
„Warze im französischen Establishment“

Trotzdem kann die neue Lust an der Politik, die Rückkehr zum klassischen politischen Wettstreit, die bitteren Befunde nicht bemänteln: Frankreich ist ein Staat in der Krise, eine Gesellschaft im Umbruch, eine Republik auf dem Prüfstand, eine Nation auf der Sinnsuche. Die Bürger warten darauf, dass, wo Gefahr so wuchernd wächst, auch das Rettende sich endlich zeigt. Auf dem nächsten Präsidenten, sein Name sei Sarkozy oder Royal, lasten die Hoffnungen tonnenschwer. Es geht um die Republik.

Und nicht alles ist Baustelle. Gegen die „Propheten des Verfalls“ hat die scheidende Regierung des Premierministers Dominique de Villepin immer wieder gewettert und in Gegenentwürfen Frankreich als die noch immer sechststärkste Wirtschaftsmacht vorgestellt, als fünftgrößten Exporteur von Dienstleistungen, als Vierten bei den landwirtschaftlichen Ausfuhren.

Tatsächlich machen die großen Konzerne Frankreichs, die sich längst fröhlich eingelassen haben auf die Globalisierung, historisch große Gewinne. Der Energiemulti Total vermeldete für das vergangene Jahr 11,8 Milliarden Euro Profit, einen der größten seiner Geschichte. Auch vielen anderen globalen Spielern geht es gut bis bestens. Die Kosmetik- und Luxusunternehmen L'Oréal und LVMH, der Versicherer AXA, die Supermarktkette Carrefour, die Bank BNP Paribas zählen zu den Marktführern ihrer Branchen, der französische Aktienindex CAC 40 floriert und notiert heute 50 Prozent höher als noch vor zwei Jahren.

STEVE VIDLER / MAURITIUS IMAGES

Ländliches Frankreich (Grasse): *„Hier wird der Kalbskopf noch im Ganzen serviert“*

Wer nach Hoffnungszeichen sucht, kann fündig werden. Die Geburtenrate ist mit zwei Kindern pro Französin die höchste in Europa, der private Konsum bleibt lebendig. Als Reiseziel behauptet Frankreich Platz eins in der Welt, weit vor Spanien, weit vor den USA, 78 Millionen Gäste kamen 2006, und im besten Fall nahmen sie gute, alte Klischees mit nach Hause, von einem Land, noch immer so schön, dass man es lieben muss, von einer Kultur so reich, dass man sie nur bewundern kann.

Aber wer Frankreich erkundet, findet eine Gesellschaft tiefer, verstörender Widersprüche vor. Ein Land, das als Heimat der Lebenskunst gilt, in dem sich aber der Absatz von Antidepressiva seit 1980 mehr als verfünffacht hat. Eine Gesellschaft, die sich die Menschenrechte wie selbstverständlich auf die Fahnen schreibt, die aber regelmäßig für die menschenunwürdigen Zustände in den Gefängnissen gerügt und für die Brutalität ihrer Polizei gegeißelt wird.

Es geht um die Republik. Und die Vorschläge für ihre Reform liegen vor. Sarkozy und Royal, die Kandidaten der Endrunde, versprechen unisono den Aufbruch in die Zukunft, den Bruch mit der Vergangenheit, den Wechsel, die Wende. Von dieser Gemeinsamkeit abgesehen, sind sie in den Details durch ganze Welten getrennt.

Ségolène Royal hat sich die „Sechste Republik“ auf die Fahnen geschrieben, eine große Verfassungsreform, die dem Präsidenten weniger, dem Parlament und der Gesellschaft mehr Macht geben soll, ansonsten verspricht sie Geld nach allen Seiten, um die „soziale Misere“ zu bekämpfen und der Wirtschaft durch staatliche Impulse zu einem „Neustart“ zu verhelfen.

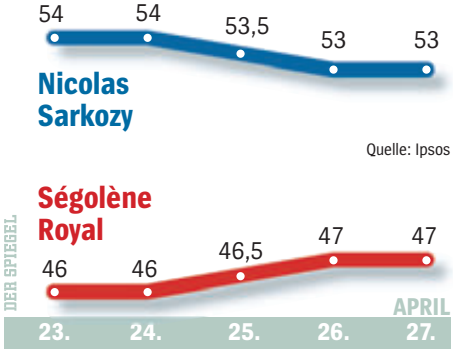
Ihr Programm setzt auf totale Intervention. Sie will 500 000 „Trampolin-Jobs“ für Jugendliche auf Staatskosten schaffen, jungen Unternehmensgründern Starthilfen bezahlen, Löhne subventionieren, kleine Renten pauschal erhöhen. Staatliche Investitionen sollen auch den Forschungssektor anschieben – in Royals Budget sind dafür jährliche Steigerungen von zehn Prozent der Ausgaben vorgesehen.

120 000 Sozialwohnungen sollen nach Vorstellung der Sozialistin künftig jedes Jahr gebaut werden, Mietkautionen soll der Staat übernehmen, gegen die Abwanderung von Unternehmern soll eine Agentur für Re-Industrialisierung geschaffen werden, und all dies soll finanziert werden quasi durch sich selbst, weil in Royals Projekt die Wirtschaft, vom Staat massiv angeschoben, automatisch florieren und höhere Steuereinnahmen produzieren wird.

Wo Royal als klassische Sozialistin auftritt, gibt Nicolas Sarkozy den Deregulierer. Er will die Regierung von über 30 auf

Kopf an Kopf?

Umfragewerte der Stichwahl-Kandidaten in Prozent



UPI / LAIF

Modernes Frankreich (Hochgeschwindigkeitszug TGV): *Globalisierung als Chance*

15 Ministerien verkleinern, den Beamtenapparat einschrumpfen, er will die 35-Stunden-Woche und das Mindestlohngebot aufweichen, will Überstunden steuerfrei stellen, die Rente mit 60 überprüfen. Er will die Arbeitsvermittlung umkrempeln, Unternehmensteuern senken, den Kündigungsschutz lockern, er folgt dem liberalen Modell, nach dem die Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet, er schlägt seinem Land den harten Takt der Globalisierung.

Die Wahl am Sonntag bedeutet für Frankreich eine echte Entscheidung. Es geht um zwei konträre Modelle, echte Alternativen, es geht um einen Konflikt, der in Frankreich seit Jahren schwelt und der nun erstmals offen ausgetragen wird.

Auf der einen Seite stehen all jene, die den Wettbewerb predigen, die dem Markt vertrauen, die die Globalisierung als Chance begreifen und darauf hoffen, dass Frankreich das Rennen endlich aufnimmt. Auf der anderen Seite sammeln sich die, für die „Marktwirtschaft“ ein Schimpfwort ist, die nach dem Staat rufen gegen ausländische Konkurrenz und die darauf hoffen, dass das Modell Frankreich sich verbessern, aber nicht verändern möge.

Einer ihrer prominentesten Wortführer ist Bernard Cassen, Mitbegründer und Ehrenpräsident von Attac, dem weltberühmten Club der Globalisierungsgegner. Er ist Generaldirektor von „Le Monde diplomatique“, die ihre Spalten gern mit linksgestrickten Analysen der Weltlage füllt, was der heimischen Auflage in den vergangenen Jahren nicht sehr gut getan hat. Wer Cassen besucht, muss sich hinterher fragen, warum Frankreich, warum Europa nicht längst in Schutt und Asche liegen.

Cassen war Professor für Politik, er hat Expertisen geschrieben über Europa und die Welt, war Zulieferer linker Regierungen, in seinem Büro nahe der Pariser Place d’Italie stapeln sich auf alten Holzbänken die Bücher, auf dem Kaminsims steht ein gerahmtes „Non“ aus der Zeit des Europa-Referendums. Cassen ist gegen alles, was nach Kapitalismus riecht.

„Wir leben in Frankreich in einer vorrevolutionären Situation“, sagt er, er ist ein gemütlicher Mann mit guten Augen, im November ist er 69 geworden, aber das Alter macht ihn nicht milder. „In manchen Gegenden, manchen Milieus“, sagt er, „ist der Geist der Revolte spürbar.“ Die Leute hätten den Kanal voll von einer politischen Klasse, die sie andauernd belüge. „Da gibt es welche“, sagt Cassen und saugt an einem kalten Zigarrenstummel, „glauben Sie mir, die reden schon über Waffen.“

Cassens Waffe bleibt das Wort. Und sein Kampf gilt den „von allen geglaubten Mutmaßungen unserer Zeit“, den neoliberalen Doktrinen, den „Erzreaktionären à la Sarkozy“. Er wünscht sich Frankreichs Ausscheiden aus dieser Europäischen Union, wünscht sich eine „Politik des leeren Stuhls“ in Brüssel, er sagt: „Protektionismus ist gut“, er sagt: „Konkurrenz ist schlecht“, er will die globalisierte Wirtschaft „relokalisieren“, den „Unsinn verhindern, dass man in Indien französisches Mineralwasser trinken kann“, er will den Welthandel beschränken, den Warenverkehr regulieren, er will Steuern auf alles, auf Gewinne, auf Exporte, auf Geschäfte.

Cassen sagt Dinge am laufenden Band, für die man in Deutschland, in Großbritannien, in Italien heutzutage vor allem Kopfschütteln erntet. Der Witz ist nur, dass er ausspricht, was viele seiner Landsleute tief im Innern denken: 36 Prozent der Franzosen, nur 36 Prozent, halten die Marktwirtschaft für das beste mögliche System (in Deutschland: 65 Prozent). Der Rest ist mehr oder minder dagegen. Von links, von rechts, egal. Dagegen.

Jacques Bompard kommt von rechts. Er sitzt in seinem 40 Quadratmeter großen Bürgermeisterbüro im ersten Stock des Rathauses von Orange und kämpft auf seine Weise gegen „das System“. Hier in der Provence haben die Rechtsextremisten ihre Hochburgen, hier in Orange konnte Le Pen, anders als im großen Rest des Landes, am vorvergangenen Sonntag noch einmal 16 Prozent der Wähler abholen, und Philippe de Villiers, der andere Rechtsausleger der französischen Politik, räumte 6,4 Prozent ab. Bompard, der Bürgermeister, hat nichts dagegen. Er ist 64, ein Mann mit Halbglatze, und er ist der beliebteste rechtsextreme Bürgermeister Frankreichs.

2001 wurde er mit 60 Prozent der Stimmen wiedergewählt, angeblich stimmten sogar einige Einwanderer für ihn, das behauptet jedenfalls der Pressesprecher der Stadt. Immer donnerstags gegen 11 Uhr verlässt Bompard sein Büro und geht auf den Wochenmarkt am Rathaus. Beim Rundgang hält er alle zwei Meter an, schüttelt Hände, küsst Marktfrauen, er grüßt die Leute, kennt ihre Namen, er hört ihnen zu. Ein Bilderbuchpolitiker. Einer zum Anfassen. Einer, der da ist.

FREDERIC SAUTEREAU / OEIL PUBLIC / AGENTUR FOCUS

Manager Archinard
„Das alles ist völliger Schwachsinn“

Jahrelang war Bompard Mitglied des Front national, bis er sich mit Le Pen überwarf und zu De Villiers’ Haufen wechselte, jenem De Villiers, der kurzerhand versprochen hatte, die Einwandererquote auf null zu fahren und Frankreich binnen fünf Jahren „wieder in Ordnung zu bringen“. Dafür gab es vor acht Tagen gut zwei Prozent der Stimmen, darunter jene von Bompard. Er ist stolz darauf, Franzose zu sein. Nicht Europäer. Franzose. Und als solcher kämpft er „gegen die Islamisierung der französischen Gesellschaft“.

Er sieht sich, wortwörtlich, als „Warze im französischen Establishment“ und seine Stadt als eine Art Großlabor, in dem genau das Gegenteil dessen praktiziert wird, was in Frankreich seiner Meinung nach sonst so üblich ist. Seit er vor zwölf Jahren ins Rathaus einzog, hat er die Zahl der städtischen Beamten um ein Drittel reduziert, Jagd auf jede Art von Verschwendung gemacht und die Renovierung der heruntergekommenen Altstadtfassaden aus der Stadtkasse subventioniert.

Die Stadt kündigte alle Abonnements der linken Tageszeitung „Libération“, dann stellte sie ihre Zusammenarbeit mit Sozialvereinen ein, die in den Einwandervierteln von Orange tätig waren. „Bei uns herrscht das Prinzip der Gleichheit“, sagt Bompard, der Frankreich binnen Minuten als Bananenrepublik porträtieren kann. „Ausländer werden hier nicht, wie anderswo in Frankreich, bevorzugt behandelt“, dann hält er einen Koran in die Luft.

Das heilige Buch liegt, mit Spiralbindung, immer auf seinem Schreibtisch. „Das, was hier drinsteht“, sagt er, „das ist einfach nicht kompatibel mit unserer Demokratie. Die Lüge wird zum Prinzip erhoben, das Töten von Ungläubigen erlaubt. Die können sich also gar nicht anpassen.“ Ein Hetzer? Ein Scharfmacher? Das wäre, im Einzelfall, nicht weiter schlimm. Das Problem ist nur, dass viele Franzosen auch solchen Thesen aus tiefem Herzen zustimmen. Frankreich ist ein seltsames Land.

Eine Republik mit Januskopf, ein Augenpaar immer fest in die Vergangenheit gerichtet, um dort Trost zu finden angesichts der Zumutungen der neuen, globalisierten Welt. „Gaullistische Gaukeleien“ hat der Schriftsteller Jean Rouaud jüngst in der „Süddeutschen Zeitung“ genannt, was der Nation noch immer wohltut. Um ihre Illusionen aufrechtzuerhalten, schreibt er, spiele sich die Nation, „in ihrem Sterbezimmer, so ähnlich wie in ‚Good Bye Lenin‘, immer wieder ‚Die fabelhafte Welt der Amélie‘ vor“. Das Land wiege sich in Bildern seiner Jugend, in Bildern von Paris, schön wie Kalenderblätter.

„Es bleibt nichts als die Beschleunigung des Verfalls und die Marginalisierung.“

Die Gegenwart wird dabei gern ignoriert, ja, es ist, als hätte Frankreich, im Verlauf seiner weitgehend „gelungenen“ Geschichte, die Kultur der Selbstkritik verlernt oder stets mit Nabelschau verwechselt. Anders als die Deutschen, die von ihren historischen Katastrophen zur anhaltenden Selbstbefragung verurteilt wurden, glaubt sich Frankreich seit der Revolution von 1789 angekommen in der besten aller Welten. Kein Präsident, der auf dieser Orgel nicht gespielt hätte.

Seit Charles de Gaulle, der sich 1965 als erster Staatschef direkt vom Volk wählen ließ, sind die selbstlobenden Elogen immer lauter geworden. De Gaulle selbst war dabei noch eine Inkarnation des französischen Genies, ein Held des Krieges, ein Vater der Nation. Im Mund seiner Nachfolger wurden die schönen Worte immer blasser, bis sie schließlich hohl tönten.

Georges Pompidou, Giscard d’Estaing, auch François Mitterrand versäumten es durch die Jahrzehnte, die nötigen Reformen auf den Weg zu bringen und das Land für die Zukunft umzubauen. Mitterrand vor allem, von seinen Landsleuten ohne große Ironie als „Gott“ apostrophiert und von vielen bis heute als solcher verehrt, griff zur Lösung von Problemen als Erster mit vollen Händen in die Staatskasse und vertagte die Schuldentilgung immer weiter auf morgen. Wenn Frankreich heute so tief in den roten Zahlen steht, dann begann diese Entwicklung bei Mitterrand.

Ausgerechnet er, der Sozialist, der die Machtfülle an der Spitze der Republik einst als „permanenten Staatsstreich“ verhöhnt hatte, nutzte die Privilegien seines Amtes wie ein absoluter Fürst. Er ließ politische Gegner abhören, er versorgte Familie und Freunde mit lukrativen Posten, und überdies verewigte er sich mit Monumentalbauten, die bis heute nicht abbezahlt sind. Viel gesprochen wird darüber nicht. Es gehört zu den französischen Tugenden, über allzu Peinliches vornehm zu schweigen.

Jacques Chirac hätte, vielleicht als Erster, die Macht besessen, das Ruder herumzureißen und das Land auf die Zumutungen des internationalen Wettbewerbs vorzubereiten. Gegen Le Pen 2002 ins Amt gewählt mit historischen 82 Prozent der Wählerstimmen, hätte er Berge versetzen können, stattdessen fiel er in eine unerklärliche Starre. „Von den zwölf Jahren Chiracs“, urteilt Nicolas Baverez, Autor des Buches „Frankreich – im freien Fall“, „bleibt nichts als die brutale Beschleunigung des Verfalls und seine Marginalisierung auf internationaler Bühne.“

Chirac. Er galt den Franzosen immer als eine Art charmanter Schuft. Seine Verfehlungen sind Legende, sein Finanzgebaren als Bürgermeister von Paris, als Präsident, wird nach seinem Abgang Gegenstand von Verfahren sein, sofern in Frankreich der Rechtsstaat noch leidlich funktioniert. Aber der Mann aus der Corrèze, dem urigen Département in Frankreichs Mitte, repräsentierte zugleich einen idealen französischen Typus, weltlich, sinnenfroh, schlau, und dabei war er ein Politiker, dem in schwierigen Momenten der Nation immer das richtige Wort des Trostes einfiel.

In seiner Heimat, der Corrèze, im Dorf Sainte-Féréole, kann man Jeanne Valéry treffen, Wirtin des Landgasthofs „Chez Jeanne“, sie ist eine lustige Alte mit rotgefärbten Haaren, Jahrgang 1923, sie kennt Chirac, ihren Jacques, seit alten Zeiten, und sie erzählt von ihm, „dem schönen Mann“, mit leuchtenden Augen.

Im Dorf findet sich das Familiengrab, Mutter und Vater Chiracs liegen beerdigt in einem Sarkophag aus Granit, der Deckel mit Porzellanblumen verziert. Ringsum wellt sich Wald- und Weideland zum Ho-

VISUAL / ACTION PRESS

Unruhen in den Pariser Vorstädten (2005)
„Eine Art Frühwarnsystem der Nation“

rizont, Limousin-Rinder grasen, es riecht nach frischgemähtem Gras. Hier ist Frankreich nicht Paris. Hier ist es eine Postkarte. Eine Sehnsucht. Altes Bauernland. „Hier“, sagt Jeanne Valéry, die lustige Wirtin, „wird der gekochte Kalbskopf am Sonntag noch im Ganzen serviert.“

Eine Fahrt durch die Corrèze, eine Fahrt durch Frankreich ist eine Einladung zum Träumen, nicht nur für Touristen. Auch die Franzosen, die ihren Urlaub am liebsten im eigenen Land verbringen, malen sich ihr Land noch immer als bodenständigen Agrarstaat aus, als hätte die Gesellschaft den Lebensrhythmus des digitalen Zeitalters, die ganze Beschleunigung der Welt nie wirklich verwunden. Chirac gab diesem Verlustgefühl Gewicht und Stimme, und er wendete die Sehnsucht nach Beständigkeit aggressiv nach außen.

Immer wieder hielt er schneidende Reden gegen die Globalisierung, die klangen wie aus Attac-Broschüren abgeschrieben, er wurde, ganz am Ende, der unverhohlene Linke, für den ihn seine Biografen ohnehin immer hielten. Kurz vor der Wahl noch ließ er die Welt wissen, dass er den Liberalismus für ebenso verheerend halte wie den Kommunismus, und er durfte sich dabei eins wissen mit der Mehrheit der Franzosen und ihrem Traum von einem goldenen Gestern, verwurzelt in Traditionen, gewachsen auf guter, fetter Erde.

In jenem Gestern, im Jahr 1955, als der Sturzflug der Landwirtschaft begann, zählte Frankreich 2,3 Millionen Bauernhöfe. Diese Zahl sank bis 1970 auf 1,6 Millionen und bis 2005 auf unter 570 000. Dieser Niedergang der Landwirtschaft fühlt sich an wie ein Sterben, wie ein Gesichtsverlust, denn die unzähligen Käsesorten, die heimischen Viehrassen, die tausendundeine kulinarische Kostbarkeit, das ganze uralte Wissen um Nahrung und seine Verfeinerung, sie sind nicht Folklore oder Schauspiel für Fremde in Frankreich. Sie sind nationales Kulturerbe, so unantastbar wie die Gemälde des Louvre, so hochgeschätzt wie die Abtei des Mont-Saint-Michel oder der Papstpalast von Avignon.

Das rustikale Landleben, es schillert in Frankreich wie das „gute Leben“ an sich, und das, obwohl immer gleich nebenan die größten Hypermarchés stehen, obwohl das Drei-Gänge-Menü mittags und abends längst ausstirbt, obwohl die heimischen Käse nicht an der EU, sondern am gewandelten Konsumverhalten der Franzosen kranken, obwohl sich auch in Frankreichs Würsten längst Gammelfleisch findet und die Tiefkühlpizza große Karriere gemacht hat.

Die Franzosen, sie leben sehr wohl im Hier und Jetzt, nehmen im Alltag fröhlich

CHARLES PLATIAU / REUTERS

Mitterrand-Projekt „Grande Arche“
Verewigt mit Monumentalbauten

teil am Billigmarkt der globalen Waren, aber sie fliehen, pünktlich zum Wochenende, aus den Städten in ihre Heimatdörfer, ihre Ferienhäuser, in die Felder, die Berge, an die Seen und die Strände wie in eine zweite, bessere Welt. Frankreich ist eine Industriegesellschaft mit Phantomschmerzen, das ist im heutigen Deutschland nicht leicht zu verstehen. Aber was rechts des Rheins bei Kriegsende im Feuersturm verbrannte, verbrennen musste, die unschuldige Liebe zu schöner Heimat und erdiger Scholle, sie lebt im glücklicheren Frankreich ungebrochen fort.

Philippe Meurs ist der Vorsitzende des Jungbauernverbands, Cheflobbyist von 50 000 jungen Landwirten, sein Hof liegt 80 Kilometer nordöstlich von Paris in der flächigen Picardie, wo man ohne Kulissenbauten Ritterfilme drehen könnte. Meurs bestellt hier 270 Hektar Land, in den Stallungen stehen 200 Fleischrinder. Er war 11, als der Vater starb, 22, als er den Hof von der Mutter übernahm, und 24, als die BSE-Krise ihren ersten Gipfel erreichte. Er weiß, wie hart das Landleben ist.

Meurs empfängt in grober Montur, sein Hof ist ein U aus alten Steinbauten, in der Wohnstube liegt Kinderspielzeug verstreut, er ist 34, und sein Ziel ist es, den Untergang Frankreichs als Agrarmacht zu stoppen. In Oulchy-le-Château, dem Dorf in der Nähe, hat Le Pen vor acht Tagen 22,3 Prozent der Stimmen geholt, und 11 Prozent holten sich diverse Extremisten. Hier, in der Provinz, fühlt sich Paris an wie eine ferne anonyme Macht und die politische Klasse wie ein isolierter Hofstaat.

Meurs' Verband unterstützt Landwirte, die Höfe übernehmen oder neu gründen wollen, man schult die Neulinge, berät sie in Bürokratie- und Marktfragen, es wird alles versucht, den großen Schwund zu stoppen. Auf vier Höfe, die in Frankreich aufgegeben werden, sagt Meurs, kommt nur eine Neugründung. In Brüssel fänden sie das richtig, „dort denken sie, dass ein Bauer tagsüber Schulbusse fahren oder die Post austragen soll, und nach Feierabend geht er dann zum Melken". Aber das ist mit Frankreich nicht zu machen.

Frankreich ist eine Industriegesellschaft mit Phantomschmerzen.

„Wir sind mit der Natur direkt verbunden", sagt Meurs, „wir sind in vorderster Linie mit dem Leben befasst. Wir sind keine Freizeitheinis, was wir machen, ist ein Beruf." Die Landwirtschaft sei noch immer die ökonomische Lunge des Landlebens, sagt er, 3,5 Millionen Arbeitsplätze hingen an ihr. Das ist mehr als dreimal so viel, wie die offizielle Statistik ausweist, „aber die rechnen falsch", sagt Meurs. „Nehmen Sie nur den Tourismus, was glauben Sie, wie das Land hier aussähe,

Gewerkschaftsdemonstration in Toulouse: *„Es*

wenn es nicht bestellt würde? Und kämen die Leute dann noch hierher?"

Der Jungbauer redet, als wäre seine Branche von Feinden umzingelt. Dabei könnte kein Eindruck irreführender sein. Wenn es um die Bauern geht, in Frankreich, krempeln Politiker aller Couleurs die Ärmel auf und sind bereit zur Schlägerei. Mehr als neun Milliarden Euro erhält Frankreich aus Brüssel im Jahr, knapp ein Fünftel des gesamten Agrarbudgets, obwohl es, im Europa der 27, weiß Gott andere Baustellen gäbe. Warum sind viele Bauern gegen Europa? „Das dürfen Sie mich nicht fragen", sagt Meurs, „ich bin dafür."

Brüssel, das ist für die Mehrheit der Franzosen ein potenziertes Paris, eine Zentrale der Feinde, die das heitere Frankreich vernichten und seine Eigenheiten beseitigen wollen. Eine Kuh bestenfalls, die man melkt und die man schlachtet, wenn sie keine Milch mehr gibt. Kein Gedanke an Solidarität mit Griechen, Portugiesen oder Polen. Die Nation ist sich selbst die Nächste, und sie brauchte, anders als die Deutschen, die Union nie als Baustein für das eigene Selbstbewusstsein. Europa war nach dem Krieg wichtig als symbolisches Bollwerk gegen neue Konflikte, als Agentur auch für den Wiederaufbau. Ein konkretes Projekt verbanden die wenigsten Franzosen mit ihm.

Die Politik hat dieses Klima über die Jahrzehnte geschaffen. Erfolge wurden immer national, Misserfolge europäisch verbucht, und alle Parteien verständigten sich stillschweigend auf diese Aufgabenteilung.

AKSARAN / GAMMA / STUDIO X

gibt keine Streitkultur in Frankreich“

Die Idee, dass Frankreich nur in einem größeren Verbund bestehen kann, gegen die großen Spieler aus Nordamerika, gegen China, gegen Indien, wird beharrlich negiert und von den politischen Parteien kaum je verhandelt.

Auch die beiden Kandidaten, Royal und Sarkozy, die jetzt so kurz vor dem Ziel stehen, schweigen über Europa, sie schweigen über die Außenpolitik, sie sprechen ausschließlich nach innen. Als wüssten sie, dass sich die meisten Franzosen heute ihr Land als eine riesengroße Schweiz wünschen. Eigenständig, eigensinnig.

Widerborstig. Jeder in Europa kennt die Fernsehbilder von Schnellzügen im Depot, blockierten Autobahnen, leeren Hörsälen, die Berichte aus Frankreich über bestreikte Krankenhäuser, demonstrierende Bauern und Richter, die Nachrichten über Hafenarbeiter im Ausstand, die kürzlich fast die Ölversorgung im Süden des Landes in Gefahr gebracht hätten.

Frankreich ist das Land der allmächtigen Gewerkschaften, so geht das Klischee, aber es ist bei näherem Hinsehen brüchig wie alle anderen. Die Arbeiterbewegung ist auf dem Rückzug in die Bedeutungslosigkeit. Die Hälfte aller Gewerkschafter arbeitet heute im öffentlichen Sektor, fast zwei Drittel aller Ausstände gehen auf ihr Konto, insgesamt sind nur gut acht Prozent aller französischen Arbeitnehmer „organisiert“.

Wie es möglich ist, dass sie so viel Lärm veranstalten können, wie es kommt, dass auch Schüler, Hausfrauen, Rentner in Frankreich Massendemonstrationen anzetteln, Paris oder das ganze Land lahmlegen können, wer dies fragt, steht vor einer weiteren Facette der französischen „exception culturelle“, jener eigentümlichen „kulturellen Ausnahme“, die Frankreich ausmacht, im Guten wie im Bösen.

„Die Erklärung für die vielen Streiks liegt in unserer jakobinischen Tradition“, sagt François Chérèque. Er ist seit 2002 Chef der größten Gewerkschaft CFDT, einer der fünf wichtigsten Arbeitnehmerorganisationen, die nicht zusammen-, sondern meist gegeneinanderarbeiten. Er sagt, es gebe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Frankreich „keine Streitkultur“. Deshalb gebe es so viele Streiks.

Um den Einfluss der Gewerkschaften wieder zu stärken, setzt Chérèque, ein bärtiger Arbeiterführer von 51 Jahren, neuerdings auf Kooperation. „Wir müssen weg von der Ideologie. Wir müssen in konkreten Verhandlungen etwas für unsere Mitglieder rausholen“, sagt er. Er sagt nicht, dass er damit nur bedingt mehrheitsfähig ist in den eigenen Reihen. Kollegen haben ihm schon sozialdemokratische Ketzerei vorgeworfen. Nicht wenige der „ganz linken Genossen“ hat er längst an die kommunistische CGT verloren.

In solch ideologisch aufgeheiztem Klima ist es schwer, nüchterne Wirtschaftspolitik zu betreiben, selbst wenn es um wegweisende Konzepte geht. 2005 legte die Regierung eine neue Karte des Landes vor, in der 66 Kompetenzzentren ausgewiesen sind, „Leuchttürme“, um die herum sich die Wirtschaft neu aufstellen soll. In diesen Zonen werden Firmen weniger Steuern und Forscher weniger Abgaben zahlen, der Staat wird in Infrastruktur investieren, in Forschungsprojekte, in Innovation.

Sechs der Zentren arbeiten bereits auf so hohem Niveau, dass sie zu „Polen weltweiter Wettbewerbsfähigkeit“ deklariert wurden, darunter die Flugzeugbauer von Toulouse, die Nanotechnologen von Grenoble. In Lyon sitzt „Lyonbiopôle“, konzentriert auf die Erforschung von Infektionskrankheiten und Impfstoffe, ein Cluster, der es in sich hat, denn hier sind bereits einige Riesen der Privatwirtschaft versammelt, Sanofi Pasteur, Merial.

Der Chef des Lyoner Clusters heißt Philippe Archinard, er ist 47 und als Mensch so globalisiert, dass er ständig vom Französischen ins Englische springt und zurück. Er war schon mit 34 Chef der amerikanischen Filiale des Chemieriesen bioMériéux, verantwortlich für ein 150-Millionen-Dollar-Budget, er ist, in Person, das andere, das im eigenen Land als neoliberal verunglimpfte Frankreich. Vom großen Graben aus, der Frankreich teilt, steht Archinard auf der anderen, der rechten Seite.

In diesen Wochen hat er wieder viele furchtbare Stunden erlebt, wenn er Politiker im Wahlkampf davon reden hörte, wie sie sich der Globalisierung entgegenstemmen wollten, Werksverlagerungen verhindern, Importe stoppen. „Das alles ist völliger Schwachsinn“, sagt er und hat dabei noch gar nicht richtig angefangen, von seinem Land zu reden. Von seinen Landsleu-

FREDERIC STEVENS / CHAMUSSY / SIPA PRESS

Zentrist Bayrou: *Ein Ende des Streits zwischen links und rechts?*

ten, die sich von der Politik zu Kindern haben machen lassen, die allergisch sind gegen alles, was sich bewegt, „die nur Rechte haben, aber keine Pflichten“ und die es „normal finden, wenn ein Popstar Millionen verdient, aber empörend, wenn ein guter Unternehmer das Gleiche tut“.

Archinard sitzt in einer kleinen Box an einem Messestand, die Messe heißt BioVision, sie ist in Lyons Kongresszentrum untergebracht, und sie gibt eine Ahnung davon, dass Frankreich für die Weltwirtschaft noch nicht verloren ist. Auf dem Podium sitzt ein Dutzend Nobelpreisträger aus aller Welt, polyglott wird die Zukunft der Biowissenschaften debattiert, das Publikum stammt aus allen Erdteilen, es geht um Zukunft, um kühne Entwürfe, nicht um glorreiche Vergangenheit. Es ist ein spektakulärer Kongress. Aber es ist kaum Presse da, wie so oft, wenn wirklich Wichtiges verhandelt wird: Frankreichs Medien sind, ahnungslos, ein wichtiger Teil der gefühlten wie der realen Krise.

Es geht um Zukunft, um kühne Entwürfe, nicht um glorreiche Vergangenheit.

Wer in Frankreich zur Hauptsendezeit um 20 Uhr den Fernseher anstellt, bekommt im staatlichen Sender France 2 und beim größten Privatsender TF 1 Nachrichten geboten, die es in Deutschland kaum in die regionalen Rundschauen der Dritten Programme schaffen würden. Abend für Abend wird ein folkloristischer Bilderbogen aufgeblättert, mit Reportagen über Verkehrsunfälle und ungewöhnliches Wetter, mit Beiträgen über Kindsmorde, Wohnprojekte, Schulfeste. Iran hat sich zur Atommacht erklärt? Eine Kurzmeldung am Ende. Im Irak explodieren Bomben im Parlament? 30 Sekunden kurz vor Schluss.

Die Printmedien kennen die internationale Tagesordnung besser, und doch fühlt man sich von dem Dutzend nationaler, den 68 regionalen Tageszeitungen, von den 66 Wochenblättern, dem guten halben Dutzend politischer Magazine nicht wirklich informiert. Die beste Pariser Tageszeitung heißt „International Herald Tribune“ und kommt aus den USA. In den einheimischen Spalten leitartikelt man viel, man schreibt geistreiche Kolumnen, und meist ist es, als würden Frankreichs Journalisten die Wirklichkeit nicht darstellen, sondern als bekannt voraussetzen oder als sprächen sie ohnehin nur unter- und füreinander.

Dabei verbirgt die bunte Medien-Vielfalt auch noch eine Konzentration der Branche, die in Deutschland alle Alarmglocken schrillen ließe. Das Großunternehmen Bouygues kontrolliert nicht nur den populärsten Fernsehsender TF 1, sondern auch den Infokanal LCI. Die Rüstungsschmiede Dassault herrscht landesweit über rund 70 Zeitungsredaktionen, darunter die des „Figaro“. Das Luftfahrtunternehmen Lagardère hat sich zum weltweit führenden Buch- und Zeitschriftenverlag („Paris Match“) gemacht, es besitzt den Radiosender Europe 1 und hält obendrein knapp 20 Prozent der renommierten „Le Monde“. Die linke „Libération“ schließlich, einst von Jean-Paul Sartre als Hauptquartier der Rebellion begründet, hält sich nur noch über Wasser dank der freundlichen Subventionen eines Rothschild-Erben.

Aber trotz derart schwergewichtiger Investoren schwächelt der Medienmarkt – nur die Wirtschaftszeitung „Les Echos“ und das Sportblatt „L’Equipe“, bezeichnenderweise Frankreichs größte überregionale Tageszeitung, schreiben schwarze Zahlen. Erklärt wird das mit dem Desinteresse des Publikums. Aber Nicolas Brimo, politischer Chef der Wochenzeitung „Le Canard enchaîné“, sieht es umgekehrt: Nicht die Nachfrage ist falsch, sondern das Angebot.

„Unsere Zeitungen jammern immer über die Konkurrenz von Internet und Gratisblättern und betteln um staatliche Subventionen, statt einfach spannende Zeitungen zu machen“, sagt er. Es ist ein Urteil aus berufenem Mund. Der „Canard enchaîné“ ist das einzige unabhängige Blatt Frankreichs mit Biss. Gegründet 1915 aus Protest gegen Pressezensur, hat sich die Wochenzeitung durch harte Recherche und kritischen Geist einen Ruf als journalistische Institution erworben: Die Liste der aufgedeckten Staatsaffären liest sich wie eine Skandalchronik der Republik.

„Wir machen nur unsere Arbeit“, sagt Brimo, und er ist sich nicht sicher, ob man das auch von den Kollegen sagen kann. „Die Pressefreiheit“, zitiert er den Slogan seines Hauses, „nützt sich nur dann ab, wenn man nicht Gebrauch von ihr macht.“ Und ist sie einmal abgenutzt, fehlen der Gesellschaft Kanäle, Ventile. Dann staut sich die Wut, und manchmal explodiert sie.

In Clichy-sous-Bois, am östlichen Rand von Paris, war es so weit vor 18 Monaten. Die Bilder vom Aufstand der Banlieues gingen um die Welt im Oktober 2005, und sie gingen aus von Clichy: Ein Flächenbrand, der nicht nur die Vorstädte von Paris erfasste, sondern auch die von Lyon, Marseille, Straßburg und 300 weiteren Städten. Es war eine Intifada – ausgelöst durch den tragischen Tod zweier Jugendlicher auf der Flucht vor der Polizei. Die beiden Jungen hatten sich in einer Umspannstation versteckt, dort starben sie an Stromschlägen. Was folgte, war vor allem ein Aufstand von Einwandererkindern gegen die Ausgrenzung.

Ben Ahmed Adel, 20 Jahre alt, kam nach Clichy-sous-Bois, als er noch in den Windeln lag, seine Eltern sind Tunesier, der Vater arbeitete als Verkäufer bei der Kaufhauskette Monoprix. Die Familie wanderte aus nach Frankreich, weil sie es besser haben wollte. Es gab damals, vor 20 Jahren, noch Arbeit in „la France métropolitaine“, es gab Wohnraum, es gab Hoffnung auf ein würdiges Leben. In Teilen hat sie sich erfüllt: Adel, braune Augen, kurzer Bürstenschnitt und strahlend weiße Zähne, hat Abitur gemacht, er spricht und sieht aus wie einer, der es schaffen könnte.

Er tut auch einiges dafür. Adel hat eine halbe Stelle als Animateur in einem Jugendzentrum der Stadt, und er hat eine eigene T-Shirt- und Sweatshirt-Kollektion entworfen. „Elad“ heißt sein Label, das ist sein Name gewürfelt, aber auf dem Rücken der Jacken, die er entwirft, steht in Englisch „Nobody can escape his destiny“ – niemand kann seinem Schicksal entrinnen. Adel meint das genau so.

Er selbst hat vieles richtig gemacht bisher, hat keine Drogen genommen, keine Steine geworfen, keine Polizisten angegriffen. Aber er weiß, wie es ist, wenn man einen Lebenslauf verschickt und als Postleitzahl 93 angeben muss – „da landest du gleich auf dem Stapel, den sie gar nicht erst angucken“, sagt er. Er lebt mit seinen Eltern und drei Geschwistern in einem F 3 – das steht für drei Zimmer im Sozialbau, und in Clichy-sous-Bois bedeutet das 50 Quadratmeter für sechs Leute im vierten Stock eines maroden Hauses, dessen Eingang nach gechlorten Putzmitteln riecht.

Von Bouna und Zyed, den Opfern vom Beginn des Aufstands, ist ein schlichter, weißer Gedenkstein vor dem Collège Robert Doisneau geblieben, sonst nichts. Nichts hat sich wirklich geändert.

Die Graffiti-besprühten Eingänge der Häuser sind nicht sauberer geworden, die Aufzüge funktionieren immer noch nicht, es gibt immer noch kein Schwimmbad, keine Bibliothek und erst recht keine neue Kultur der Anerkennung für die Zuwanderer, für die Jugendlichen, für die Franzosen zweiter Klasse. „Doch“, sagt Adel, „eines hat sich geändert: Vor der Revolte gab es einen versteckten Rassismus, den wir täglich zu spüren bekamen. Danach hat sich niemand mehr die Mühe gemacht, den zu verbergen.“

Die Vorstädte sind die Hochburgen der Bewegung „tout sauf Sarkozy“ – „alles, nur nicht Sarkozy“. Aber auch sie sind bei genauem Hinsehen tief gespalten. In Clichy-sous-Bois fuhr Ségolène Royal in der ersten Runde mit 41,6 Prozent zwar eines ihrer besten Ergebnisse ein. Andererseits aber schmierte Sarkozy, der dem „Gesindel“ der Vorstädte mit dem „Kärcher“ gedroht hatte, nicht ab, sondern kam auf 24,5 Prozent, und selbst Rechtsausleger Le Pen holte gut 9 Prozent der Stimmen.

Die Vorstädte sind nicht nur „rot“, nur Anti-Sarkozy. Sie sind zerrissen in einen multikulturellen Teil, der ankommen will in der Gesellschaft, und einen, der sich unbehaglich fühlt in der großen, bunten Unübersichtlichkeit, in der „Überfremdung“, mit der die rechten Extremisten spielen.

PATRICK KOVARIK / AFP

Präsident Chirac: *Er gab dem Verlustgefühl Gewicht und Stimme*

Die Bilder ähneln sich fast überall im großen Stadtring um Paris, sie ähneln sich ein paar Kilometer weiter auf der Stadtautobahn Richtung Nordwesten, in Saint-Denis, wo 87 000 Menschen aus 86 Nationen leben, wo die Jugendarbeitslosigkeit 25 Prozent erreicht und die Kindersterblichkeit über dem Durchschnitt liegt.

Dort holte Royal fast 42 Prozent, Sarkozy knapp 20 und die Extremisten von links und rechts noch einmal 20 Prozent. Saint-Denis ist ein Ort wie ein Symbol für alle Widersprüche der französischen Gesellschaft, alle urbanen Fehlentwicklungen der letzten 50 Jahre, alle sozialen Dauerkonflikte.

„Wir sind so eine Art Frühwarnsystem der Nation“, sagt Stéphane Peu, Vizebürgermeister der viertgrößten Ansiedlung im Großraum der Ile-de-France, ein Reformkommunist im rot-grünen Stadtrat. Vom Rathaus, gleich im Schatten der Kathedrale, wo jahrhundertelang Frankreichs gekrönte Herrscher bestattet wurden, blickt er auf den „kosmopolitischsten Marktplatz der Region“ – Schwarzafrikaner, Türken, Rumänen, Algerier und Kroaten verkaufen Kleidung, Schuhe, Elektronikramsch und Lebensmittel. „Was sich bei uns an sozialen Problemen abspielt“, sagt Peu, „passiert mit etwas Verzögerung auch anderswo in Frankreich.“

Auf dem Weg zur guten Wende kämpft Saint-Denis mit historischen Hypotheken: Einst kommunistische Hochburg im Ring der „roten Vorstädte“, zog Saint-Denis immer Migranten an – erst die armen Landarbeiter aus der Bretagne, später Zuwanderer aus Portugal und Nordafrika. Für sie baute man nach dem Krieg Mietskasernen rund um den historischen Ortskern.

Riegel und Türme heißen die Betonschneisen, damals in ganz Frankreich gefeierte Muster modernen Wohnungsbaus, doch schon bald bröckelnde Beweise urbaner Fehlplanung und politischen Versagens. Rechte Regierungen wie linke Experten beugten sich fortan über die Phänomene des gesellschaftlichen Zerfalls: Die Konzepte oszillierten zwischen millionenschweren Sozialprogrammen oder staatlicher Repression, Ministerkabinette hantierten mit „Sozialen Entwicklungsplänen“, „Vorrangigen Erziehungszonen“ oder „Wirtschaftlicher Redynamisierung“ – jedes Mal ohne nachhaltige Wirkung.

„Den Tiefpunkt hatten wir Ende der achtziger Jahre erreicht“, erinnert sich Bürgermeister Peu. Damals begann Saint-Denis mit der schrittweisen Sanierung von Wohngebieten, die Stadt kaufte stillgelegte Gleisanlagen oder leerstehende Fabrikhallen und schuf Platz für neue Wirtschaftskomplexe.“ Heute ragen rund um die futuristische Sportarena des „Stade de France“ gläserne Bürotürme in die Höhe: Es geht etwas, auch in der Banlieue.

Und doch: Trotz vieler Erfolgsprojekte, einer renommierten Universität und ambitiösen Kulturfestivals bleibt Saint-Denis prekäres Randgebiet mit akuter Wohnungsnot und fehlendem sozialen Kitt. Es herrsche „ein Gefühl von grassierender Unsicherheit“, sagt der Bürgermeister, der gegen das große Klagen auf kleine, unspektakuläre Fortschritte setzt, auf Kulturvereine, auf die Graswurzelbewegungen bürgerlicher Selbstverwaltung.

Vielleicht kann nur vor Ort gelingen, in den Kommunen, in den Vierteln, was den großen Meisterplanern an der Spitze des Staates misslingt. Aber auch dafür brauchte es Reformen, tiefgreifende, denn Frankreich ist ein seltsam zersplitterter Zentralstaat, eine Pyramide mit nadeldünner Spit-

ze in Paris und vielen Geschossen, die nach unten hin immer breiter werden.

Der Staat ist organisiert in 26 Regionen, 100 Departements, 4000 Kantone, 37 000 Kommunen und 19 000 interkommunale Verbände, alle mit eigener Bürokratie, mit eigenen Räten und Chefs, und niemand weiß wirklich, wo die Kompetenzen des einen anfangen und die des anderen enden. Im Wirrwarr reduziert sich Politik auf die Kunst, in Paris die richtigen Leute zu kennen. Klare Verfahren gibt es nicht.

Die sogenannte Dezentralisierungspolitik ist ein typisches Zeugnis der Problemlösung à la française. Statt handfest umzustrukturieren, und das hieße: ganze Geschosse der Staatsarchitektur einfach zu schleifen, werden immer neue Gremien geschaffen. Statt Wege zu verkürzen, werden stets neue, beschäftigungsintensive, Schleifen eingebaut. Es ist bezeichnend, dass dieses Feld von keinem der Kandidaten beackert wird. Es geht um zu viele Posten und Pöstchen, so lässt man besser die Finger davon.

Aber es geht um die Republik, und wer dies sagt, sagt viel in Frankreich. Die Menschen rechts und links des großen Grabens, den die Ideologie gezogen hat, wünschen sich einen neuen Aufbruch, eine neue Gemeinsamkeit, sie wünschen sich auch, dass der Graben endlich überbrückt werden könnte.

François Bayrou, der Mann der Mitte, der im Wahlkampf kurzzeitig Furore machte, versprach genau dies: ein Ende des Streits zwischen links und rechts, eine neue, große Koalition, aber dafür gab es im ersten Wahlgang am Ende nur knapp 19 Prozent. Zu hart sind die Fronten, noch immer. Der nächste Präsident, die Präsidentin, wird vor allem Arbeit damit haben, die Lager zu versöhnen, andernfalls wird alle Mühe vergebens sein.

„Die Revolution erklärt noch immer das Frankreich von heute.“

Es geht um die Republik, um den alten, großen Geist des schönen Landes, der im Pariser Marais-Viertel Dokument geworden ist, gelagert hinter großen Eisentüren in einem holzgetäfelten Saal. „Trésor des Chartres“ heißt der sieben Meter hohe Raum des französischen Nationalarchivs, möbliert mit Eichenholzregalen und schmiedeeisernen Treppchen, die zu einer Galerie im ersten Stock führen, wo alte Bücher aus vier Jahrhunderten ihre hirschledernen Rücken zeigen.

In grauen Kartonhüllen lagern hier, in sorgsam verschlossenen Eisenschränken, die Originalausgaben aller Verfassungen seit der Französischen Revolution, von der allerersten aus dem Jahr 1791 bis zur vorläufig letzten von 1958. Das kostbarste Dokument wird unter der Signatur AE I 10 N 9 geführt: Die „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen“, die Erklärung der Menschenrechte, 17 Artikel lang, unterzeichnet in Paris am 3. September 1791, zwei Jahre nach der historischen Erklärung von 1789, die das Menschheitsprojekt des aufgeklärten Staates begründete.

Kein anderes Datum hat sich so ins kollektive Gedächtnis der Nation gebrannt wie das der Revolution. Kein anderes wird so oft beschworen und zitiert wie dieses. Kein anderes auch muss so oft herhalten als Beweis für Größe und Genie der Nation. „Die durch die Revolution herbeigeführte Zäsur erklärt noch immer das Frankreich von heute“, hat Ségolène Royal in einer ihrer Wahlkampfreden gesagt, und Nicolas Sarkozy berief sich in seiner ersten Kandidatenrede auf „mein Frankreich, das Land der Menschenrechte“. Es geht um die Republik. Sie braucht, wieder, eine Revolution. Am kommenden Sonntag könnte sie beginnen.

Ullrich Fichtner;
Britta Sandberg, Stefan Simons